

Mayert, Andreas

## Die Notwendigkeit einer gemeinwohlorientierten europäischen Erwachsenenbildung

*Forum Erwachsenenbildung 54 (2021) 3, S. 14-18*



Quellenangabe/ Reference:

Mayert, Andreas: Die Notwendigkeit einer gemeinwohlorientierten europäischen Erwachsenenbildung - In: Forum Erwachsenenbildung 54 (2021) 3, S. 14-18 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-298783 - DOI: 10.25656/01:29878

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-298783>

<https://doi.org/10.25656/01:29878>

in Kooperation mit / in cooperation with:



**WAXMANN**  
[www.waxmann.com](http://www.waxmann.com)

<http://www.waxmann.com>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

# » Die Notwendigkeit einer gemeinwohlorientierten europäischen Erwachsenenbildung



Dr. Andreas Mayert

Referent für Wirtschafts- und Sozialpolitik am Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD  
andreas.mayert@si-ekd.de

## I. Der Beitrag der Erwachsenenbildung zur Gemeinwohlentstehung

Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind mit dem (noch näher zu bestimmenden) Gemeinwohl in mehrfacher Hinsicht

verbunden. Weil erfolgreiche Bildungsprozesse, jedenfalls dann, wenn keine Rivalität bei der Nutzung von Bildungseinrichtungen herrscht, das allgemeine Wohl in der Regel erhöhen, sind Erwachsenenbildungseinrichtungen direkte (Mit-)Produzenten des Gemeinwohls. Insofern sind sie Teil der materiellen Infrastruktur eines Staates oder einer Staatenunion. Zudem sind sie, wenn Erwachsenenbildungseinrichtungen mithilfe öffentlicher Mittel oder durch (supra)national anerkannte Bildungsträger finanziert oder subventioniert und so einer reinen Marktsteuerung entzogen werden, auch Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge der genannten Entitäten. Während dieser Status, und die damit verbundene Förderung von Erwachsenenbildung, bereits durch die direkte Beteiligung von Erwachsenenbildungseinrichtungen an der Entstehung von Gemeinwohl gerechtfertigt ist, und *zumeist allein deshalb gerechtfertigt wird*, so ist diese Rechtfertigung umso begründeter, wenn man zusätzlich ihre Rolle als indirekte Gemeinwohlproduzentin berücksichtigt. Denn wenn das Ergebnis von Erwachsenenbildung, neben dem Erwerb ökonomisch verwertbarer Kompetenzen, auch die gelungene Vermittlung (positiver) Werte und Einstellungen, kritischen und kreativen Denkvermögens sowie sozialer und politischer Handlungsfähigkeit und -motivation ist, dann folgt daraus die Entstehung einer weiteren potenziell gemeinwohldienlichen Infrastruktur: personelle Infrastruktur, ökonomisch häufig verkürzt begriffen als „produktiv einsetzbares Humankapital“, gesamtgesellschaftlich verstanden als das, was man im Allgemeinen mündige, widerständige und verantwortungsbewusste Bürger nennt. Letztere wiederum sind Voraussetzung für die Qualität einer dritten Form von Infrastruktur: immaterielle Infrastruktur.<sup>1</sup> Sie bezeichnet die staatlichen Rahmenbedingungen, in denen sich das wirtschaftliche, soziale und politische Leben abspielt, also die Institutionen des politischen Systems, des Rechtssystems, der Sozialsysteme, des Bildungssystems etc. In Abwandlung des berühmten Böckenförde-Diktums<sup>2</sup> ruht

eine gemeinwohldienliche Konfiguration dieser Systeme auf Voraussetzungen, die das Bildungssystem in Koproduktion mit anderen Akteuren schafft. In der Gesamtbetrachtung bedingt das eine das andere und wir wollen dem sich daraus ergebenden „Henne-Ei-Problem“ mit dem Einwand entgegentreten, dass sich Gesellschaften nun einmal evolutionär, revolutionär oder als Folge glücklicherweise verllorener Weltkriege entwickeln, sodass Hennen und Eier unabhängig voneinander auftauchen können. Für das Thema dieses Textes ist aber ohnehin nur von Belang, was wir aktuell an Infrastrukturen vorfinden und wohin sich diese gegebenenfalls entwickeln sollen. Eines ist jedoch bereits festzustellen:

Das angesprochene Böckenförde-Diktum ist in Anbetracht der beschriebenen Zusammenhänge nicht korrekt. Die Institutionen der immateriellen Infrastruktur sind an der Schaffung ihrer eigenen Voraussetzungen nicht unbeteiligt.

Wäre dem nicht so, dann gäbe es keinen Grund, die Forderung einer gemeinwohlorientiert(er)en Erwachsenenbildung in Europa gerade an sie zu richten.

## II. Theoretische Gemeinwohlkonzeptionen

Bevor wir uns möglichen Begründungen dieser Forderung zuwenden, ist zunächst zu klären, was wir eigentlich meinen, wenn wir von „Gemeinwohl“ sprechen. Bislang haben wir mit diesem Begriff mit einer gewissen Lässigkeit behandelt, so als sei selbstverständlich, was dem Gemeinwohl dient. So wird zwar häufig verfahren, wenn von Gemeinwohl gesprochen wird, doch wird der Gemeinwohlbegriff oftmals nicht nur ohne Konkretisierung verwendet, er wird teilweise auch zur Begründung völlig konträrer Positionen herangezogen.<sup>3</sup> Es liegt auf der Hand, dass dann nicht alle Positionen gemeinwohldienlich sein können, die diesen Anspruch erheben. Doch ist nicht nur der Inhalt des Gemeinwohls umstritten, auch die Form der Ermittlung dieses Inhalts wird kontrovers diskutiert. Beginnen wir daher mit einer kurzen Erläuterung dieser Kontroverse und wählen aus den unterschiedlichen Ermittlungsoptionen jene aus, die in den EU-Kontext passt.

Lange Zeit standen sich bei der Frage des „richtigen“ Ermittlungsverfahrens des Gemeinwohls zwei Lager gegenüber, die *Substanzialisten* und die *Prozeduralisten*.<sup>4</sup> Die Substanzialisten gehen davon aus, dass der Inhalt des Gemeinwohls durch „eine Liste objektiver, universeller, intrinsischer Werte (z. B. Sicherheit, Nachhaltigkeit, Pro-

<sup>1</sup> Die hier verwendete Dreiteilung von Infrastruktur geht zurück auf Jochimsen, R. (1966): *Theorie der Infrastruktur*, Tübingen. Sie wird auch heute noch verwendet, aufgrund der Schwierigkeit einer Messung der personellen und immateriellen Infrastruktur erfolgt jedoch oft eine Verkürzung auf die materielle Infrastruktur.

<sup>2</sup> Das Diktum des Staatsrechtlers E. W. Böckenförde lautet: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“. Vgl. Böckenförde, E.-W. (1967): *Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation*. In: *Säkularisation und Utopie*. Ebracher Studien, Ernst Forsthoff zum 65. Geburtstag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, S. 75–94.

<sup>3</sup> Ein gutes Beispiel dafür ist die Diskussion um die Angemessenheit von Schulschließungen im Rahmen der Covid-Pandemie. Gegner und Befürworter untermauerten ihre Argumentation stets mit dem allgemeinen Wohl, an das man denken müsse bzw. die jeweilige Gegenseite nicht genügend denkt.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu Blum, C. (2021): *Hybride Gemeinwohlkonzeptionen*. In: Hiebaum C. (Hrsg.): *Handbuch Gemeinwohl*, Wiesbaden, S. 1–15 (Buch erscheint im Dezember 2021).

perität, Solidarität)<sup>5</sup> beschrieben werden kann, die das Ergebnis eines rationalen Erkenntnisprozesses ist. Doch obwohl man sich bezüglich der im Zitat aufgeführten Werte darauf einigen kann, dass sie gemeinwohldienlich sind, hat der Substanzialismus drei große Nachteile: Der erste ist, dass es auf eine solche Einigung gar nicht ankommt, denn durch die angenommene Möglichkeit, auf dem Weg rationaler Erwägungen die Objektivität bestimmter Werte zu erkennen, sind diese konsequenterweise nicht verhandelbar. Selbst wenn eine große Bevölkerungsmehrheit diese Werte ablehnen würde, änderte das nichts an ihrer Eigenschaft, objektiv richtig und daher einzig und allein relevant für die Bestimmung des Gemeinwohls zu sein. Das wäre insoweit noch nicht tragisch, geht doch z. B. auch die EU davon aus, dass ihre Mitgliedsstaaten eine substanzielle gemeinsame Wertebasis besitzen.<sup>6</sup> Der zweite Nachteil des Substanzialismus ist jedoch, dass die rational erkannten objektiven Werte inhaltlich ebenso auslegungsbedürftig sind wie der Gemeinwohlbegriff. Was genau bedeutet denn Solidarität? Solidarität zwischen wem und in welchem Ausmaß? Der dritte Nachteil ist, dass es einen Konflikt zwischen verschiedenen Werten geben kann. So kann ein Mehr an Prosperität zu einem Weniger an Nachhaltigkeit führen. Gibt es in solchen Fällen eine Wertehierarchie und lässt sich diese ebenfalls mithilfe rationaler Erkenntnis ein und für allemal festlegen? Wohl eher nicht, denn kaum etwas ist strittiger als die Frage, ob Prosperität mit Nachhaltigkeit vereinbar ist. Die Notwendigkeit, inhaltlich unbestimmte Werte zu konkretisieren und ihr Verhältnis zueinander kontextabhängig auszulegen, ist aufgrund kontroverser Ansichten ohne einen Diskurs und eine anschließende Abstimmung nicht denkbar, was einen Substanzialismus in Reinform verunmöglicht. Die Notwendigkeit von Diskurs und Abstimmung führt zur zweiten Theorie, dem Prozeduralismus. Prozeduralisten geht es jedoch nicht um die inhaltliche Konkretisierung von Werten oder die Abwägung zwischen verschiedenen Werten, vielmehr leugnen sie, dass es rational erkennbare gemeinwohldienliche Werte gibt. Was dem allgemeinen Wohl dient, wird dieser Sichtweise folgend im demokratischen Prozess von denen festgelegt, auf die sich dieses Wohl bezieht, also von der Allgemeinheit. Zwar gehen Prozeduralisten davon aus, dass die Allgemeinheit das Gemeinwohl im Sinne einer deliberativen Demokratie nach Abwägung der verschiedenen Optionen im Konsens festlegt, nur entsprechen reale Demokratien diesem Ideal nicht, und es dürfte wenig umstritten sein, dass das Ideal einer deliberativen Demokratie unmöglich zu erreichen ist. Es scheitert schon allein daran, dass Abstimmungsberechtigte, selbst wenn sie – was bereits wirklichkeitsfremd ist – allesamt in vollem Maße über die Konsequenzen verschiedener zur Abstimmung stehender Optionen informiert sind, bei ihrer Stimmabgabe nicht allein die Förderung des Gemeinwohls

für das wichtigste Entscheidungskriterium halten. Häufig wird es ihnen um ihre Eigeninteressen oder die Durchsetzung ideologischer Ziele gehen. Geht man also realistischerweise davon aus, dass die Allgemeinheit im Durchschnitt weder über umfassendes Wissen verfügt, noch Gemeinwohlförderung das einzige Motiv ihres Abstimmungsverhaltens ist, dann wäre das Ergebnis einer solchen Abstimmung oftmals nicht eine Option, die das Gemeinwohl maximiert, vielmehr wäre damit zu rechnen, dass im Ergebnis auch gemeinwohlschädliche Optionen gewählt werden. Und kann man wirklich vertreten, dass im Rahmen des Prozeduralismus z. B. auch über die Wahrung der Menschenrechte abgestimmt werden kann, da dieser Wert erst nach erfolgter Abstimmung das Etikett „gemeinwohldienlich“ tragen dürfte – oder eben nicht? Der Prozeduralismus schüttet in seiner Kritik am Substanzialismus das Kind mit dem Bade aus. Nicht nur für Christen dürfte außer Frage stehen, dass es universelle Werte gibt, die unabhängig von Mehrheitsentscheidungen gültig sein sollten. Ihre Konkretisierung und die Abwägung des Ausmaßes, in dem bestimmte Werte im Falle eines Wertekonflikts höher oder niedriger gewichtet werden, sollten von der Allgemeinheit im Rahmen möglichst inklusiver und fairer demokratischer Wahlen bestimmt werden, ohne den Wesenskern der Werte selbst anzutasten. Wird in dieser Weise verfahren, dann spricht man von einer hybriden Gemeinwohllkonzeption, die Elemente sowohl des Substanzialismus als auch des Prozeduralismus aufgreift. Dieses Konzept ist gerade mit Blick auf die sich (a) als Wertegemeinschaft und (b) als demokratisch verstehende EU das einzig Passende.

Dies vorausgesetzt lässt sich eine erste Überlegung anstellen, was eine gemeinwohlorientierte Erwachsenenbildung in der EU *mindestens* auszeichnen sollte. Sie sollte jene substanziellen Werte vermitteln, die geteilte Werte in den EU-Mitgliedsstaaten sein sollen. Darüber hinaus sollte sie aber mehr erreichen können. Von der Wertevermittlung ausgehend, können Diskurse um Konkretisierung und Abwägung zwischen verschiedenen Werten in den Blick genommen werden, ganz im Sinne einer Erwachsenenbildung, die Lernende über politische Handlungsoptionen aufklärt, Kontroversen schildert und diskutiert, damit zum kritischen Denken einlädt und bestenfalls zur politischen Partizipation über die Teilnahme an Wahlen hinaus motiviert.

### III. Gemeinwohlorientierte Erwachsenenbildung in EU-Förderprogrammen

Bedauerlicherweise muss man feststellen, dass sich gerade die Inhalte der allgemeinen Erwachsenenbildung, die sich in den wichtigsten EU-Dokumenten zur europäischen Erwachsenenbildung finden, eher am Mindestmaß dessen, was Erwachsenenbildung auszeichnen sollte, orientieren, und dass selbst dieses Mindestmaß eine marginale Rol-

<sup>5</sup> A. a. O., S. 2.

<sup>6</sup> Vgl. Art. 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV): „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören“.



<sup>7</sup> Rat der Europäischen Union (2009): Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“), 2009/C 119/02, Brüssel.

<sup>8</sup> Nuissl, E./Lattke, S./Pätzold, H. (2010): Europäische Perspektiven der Erwachsenenbildung, Bielefeld, S. 34.

<sup>9</sup> Rat der Europäischen Union (2011): Entschließung des Rates über eine erneuerte europäische Agenda für die Erwachsenenbildung, 2011/C 372/01, Brüssel.

le in EU-Erwachsenenbildungsprogrammen spielt. Dabei klingen viele Inhalte zunächst recht gut. In den Schlussfolgerungen des Rates der EU „bezüglich (des) strategischen Rahmen(s) für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020)“ aus dem Jahr 2009<sup>7</sup>, wird allgemeine und berufliche Erwachsenenbildung im gleichen Atemzug genannt, und das findet sich auch in den strategischen Zielen wieder. Das strategische Ziel Nr. 3 lautet: „Förderung der Gerechtigkeit, des sozialen Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns“, Ziel 4 sieht eine „Förderung von Innovation und Kreativität – einschließlich unternehmerischen Denkens – auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung“ vor. Sieht man sich aber die tatsächliche Förderung der allgemeinen Erwachsenenbildung an, ist festzustellen, dass sie bereits in den Jahren 2007 bis 2012 ein Stiefkind war. Das einzige hauptsächlich auf die allgemeine Erwachsenenbildung zugeschnittene euro-

päische Programm („GRUNDTVIG“) erhielt lediglich 4 % der bereitgestellten Fördermittel.<sup>8</sup>

2011 stellte der Rat der EU eine „erneuerte europäische Agenda für die Erwachsenenbildung“ vor und hier taucht unter den „prioritären“ Bereichen allgemeine Erwachsenenbildung unter Punkt 3 auf. Sie soll der „Förderung der Chancengleichheit, des sozialen Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns“ dienen.<sup>9</sup> Inhaltlich ausgelegt wurde dieser Punkt allerdings nun in Richtung einer Förderung der Bildungsteilnahme von benachteiligten Gruppen (Verbesserung von Lesefertigkeiten bei Erwachsenen, Bildungsangebote für Geflüchtete etc.). Diese Maßnahmen dienen fraglos einer direkten Beteiligung der Erwachsenenbildung an der Entstehung von Gemeinwohl, haben aber mit ihrer oben erläuterten indirekten Beteiligung an Gemeinwohlerstehung nicht mehr viel zu tun. 2015 stellten der Rat der EU und die Europäische Kommission „neue Prioritäten für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung“ vor.<sup>10</sup> Der Fokus der neuen prioritären Bereiche sollte „auf den Lernergebnissen im Hinblick auf Beschäftigungsfähigkeit, Innovation, bürgerschaftliches Engagement und Wohlbefinden lieg(en) – inklusive Bildung, Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Nichtdiskriminierung und die Förderung von Bürgerkompetenz.“ Praktisch blieben diese Ziele aber ökonomischen Zielen untergeordnet, wie einer Erhöhung der *employability* oder der Förderung digitaler und unternehmerischer Kompetenzen. 2020 schließlich lief das Programm ET 2020 aus dem Jahr 2009 aus und Folgeprogramme wurden vorgestellt. Die Europäische Kommission präsentierte 2020 die auf alle Bildungssysteme bezogene „European Skills Agenda For Sustainable Competitiveness, Social Fairness And Resilience“<sup>11</sup>. Unter elf genannten Aktionsbereichen zur Förderung eines lebenslangen Lernens tauchen Themen der allgemeinen Erwachsenenbildung nur noch unter Punkt 8 („Skills for Life“) auf. Hier steht aber im Grunde nur, dass die Kommission zusammen mit den EU-Mitgliedsstaaten eine neue Agenda für die Erwachsenenbildung entwickeln will. 2021 veröffentlichte der Rat der EU sein „Strategic framework for European cooperation in education and training towards the European Education Area and beyond (2021–2030)“<sup>12</sup>. Hier tauchen unter den strategischen Zielen in Bezug auf die Erwachsenenbildung wieder jene auf, die auch die vorherigen Dokumente geprägt haben (*become engaged citizens, promoting civic, intercultural, and social competences*). Hinzu kommt noch „Nachhaltigkeitsbildung“, dabei geht es allerdings hauptsächlich darum, Lernende fit für die mit der ökologischen Transformation zusammenhängenden Arbeitsmarkteffekte zu machen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es in den auf die allgemeine Erwachsenenbildung ausgerichteten Programmen der EU inhaltlich um eine

nicht näher konkretisierte Vermittlung positiver europäischer Werte wie auch um die Förderung einer aktiven EU-Bürgerschaft geht. All das bewegt sich stets an der Oberfläche, die Begründungen für die Notwendigkeit einer Vermittlung gesamteuropäischer Werte und rudimentär emanzipatorischer Bildungsziele richten sich jeweils nach dem Zeitgeist: Herausforderungen der Wirtschaftskrise (2009, 2011), Rechtsextremismus und Islamismus (2015), Populismus, Fake News und Nachhaltigkeit (2020, 2021).

Ein kohärentes Gesamtkonzept  
sucht man vergebens.

Hinzu kommt, dass es auch kein eigenständiges, auf die allgemeine Erwachsenenbildung zugeschnittenes Förderprogramm gibt. GRUNDTVIG wurde bereits 2014 unter Erasmus+ subsumiert, sodass letztlich offenbleibt, ob die noch verbleibenden, förderfähigen Projekte der allgemeinen Erwachsenenbildung irgendeinen inneren Zusammenhang aufweisen.

Dass es auch besser geht, hat der Europarat in Bezug auf den Schulbereich bewiesen. 2016 legte er ein elaboriertes Konzept unter dem Titel „Competences For Democratic Culture“ vor, das alles umfasst, was Lernende als Teil der personellen Infrastruktur an Rüstzeug brauchen, um auf die Qualität der immateriellen Infrastruktur entscheidend Einfluss zu nehmen.<sup>13</sup> Hat niemand an ein ähnliches Konzept für die Erwachsenenbildung gedacht? Eine Institution hat sich daran versucht: Die EAEA<sup>14</sup> legte 2017 einen Konzeptentwurf mit dem Titel „Life Skills for Europe“<sup>15</sup> vor. Die darin als Lerninhalte vorgeschlagenen „Lebenskompetenzen“ umfassen zum einen im Alltag und beruflich verwertbare Kompetenzen, das Konzept geht aber darüber hinaus: „Lebenskompetenzen sind unabdingbar für ein Individuum, um in einem bestimmten Umfeld in Übereinstimmung mit den Grundprinzipien der Demokratie und des Zusammenlebens in einer multikulturellen Gesellschaft zu handeln. (...) Lebenskompetenzen werden als individuelle Lerngewinne betrachtet, die zusammen mit anderen Gewinnen beträchtliche ‚Spillover‘-Vorteile für ihre Arbeit, ihre Familien und ihre Gemeinschaften bieten (aktive Staatsbürgerschaft, politische Mitsprache, sozialer Zusammenhalt, Vielfalt und Toleranz).“<sup>16</sup> Auch dieser Konzeptentwurf ist wenig konkret, was ihn jedoch auszeichnet, ist das Zusammendenken von beruflichen, alltäglichen, sozialen und politischen Kompetenzen.

Erwachsenenbildung soll zu ganzheitlich mündigen Bürgern führen, nicht zu Bürgern, die im Rahmen ihrer beruflichen Weiterbildung auch noch einen Kurs in Staatsbürgerkunde belegt haben.

Die EU griff von diesem Vorschlag allein den Titel („Skills for Life“, s. o.) auf.

#### IV. Fazit und Ausblick

Vielleicht sieht die EU ja überhaupt keinen Handlungsbedarf. Tatsächlich liefern Umfragen relativ hohe Zustimmungswerte, wenn danach gefragt wird, ob sich EU-Bürger:innen mit der EU identifizieren. 60 % der EU-Bürger:innen fühlen sich mit der EU verbunden und 63 % meinen, dass die Menschen in der EU viel gemeinsam haben, was für eine mehrheitliche Akzeptanz gemeinsamer Werte spricht.<sup>17</sup> Es existieren jedoch auch andere Zahlen, die Handlungsnotwendigkeit aufzeigen. Wenn danach gefragt wird, wofür die EU steht, dann finden sich auf den ersten Plätzen mit weitem Vorsprung jene „substanziellen“ Werte, die den Wertekanon der EU ausmachen. Neben Frieden (42 %) und Menschenrechten (34 %) sind 35 % der Befragten überzeugt, die EU stehe für Demokratie.<sup>18</sup> Doch trotz des zuletzt genannten Wertes sind nach einer 2020 durchgeführten Umfrage 92 % der befragten EU-Bürger:innen der Meinung, dass ihre Stimme bei Entscheidungen über die Zukunft der EU mehr gehört werden sollte.<sup>19</sup> Und ihre Stimme könnte erheblich zur Konkretisierung des EU-Wertekansons und damit zu einer qualitativen Veränderung der EU-Institutionen bzw. der immateriellen Infrastruktur beitragen. Danach gefragt, was die Befragten am hilfreichsten für die Zukunft der EU halten, liegen „vergleichbare Lebensverhältnisse“ mit 35 % und „Größere Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten“ mit 30 % an der Spitze. Eine „stärkere wirtschaftliche Integration“ und „eine größere industrielle Kapazität“ liegen hingegen auf den hinteren Plätzen.<sup>20</sup>

Es wäre selbstredend eine Illusion anzunehmen, dass eine gemeinwohlorientierte europäische Erwachsenenbildung, selbst wenn sie finanziell und konzeptionell viel besser als heute aufgestellt wäre, allein dafür sorgen könnte, dass Ziele wie die oben genannten durch eine Zunahme politisch aufgeklärter und handlungsmotivierter „EU-Aktivbürger“ durchgesetzt werden. Hieran muss nicht nur das gesamte Bildungssystem mitwirken, die EU müsste auch ihr allseits bekanntes Demokratiedefizit überwinden. Aber vielleicht ist letzteres ein realistisches Nahziel. Die EU plant zurzeit eine Konferenz zur Zukunft Europas. Doch obwohl 76 % der EU-Bürger glauben, hierdurch könnte eine stärkere Demokratisierung der EU erreicht werden, sind nur 14 % der Befragten auf jeden Fall bereit, sich an der Konferenz zu beteiligen.<sup>21</sup> Wäre es nicht eine lohnenswerte Aufgabe einer gemeinwohlorientierten europäischen Erwachsenenbildung, wenn sie diesbezüglich nicht nur für eine höhere Beteiligung sorgen, sondern EU-Bürger zusätzlich mit jenen Fähigkeiten ausstatten würde, deren Folge eine wirkungsvolle, und für die EU vielleicht ärgerlich sach-

<sup>10</sup> Rat der Europäischen Union/Europäische Kommission (2015): Neue Prioritäten für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, 2015/C 417/04, Brüssel.

<sup>11</sup> Europäische Kommission (2020): European Skills Agenda For Sustainable Competitiveness, Social Fairness And Resilience, Brüssel.

<sup>12</sup> Rat der Europäischen Union (2021): Council Resolution on a strategic framework for European cooperation in education and training towards the European Education Area and beyond (2021–2030), 6125/2/21 REV 2, Brüssel.

<sup>13</sup> Europarat (2016): Competences for Democratic Culture – Living together as equals in culturally diverse democratic societies, Straßburg.

<sup>14</sup> European Association for the Education of Adults.

<sup>15</sup> EAEA (2017): Life Skills for Europe, url: [https://issuu.com/eaea-publications/docs/lse\\_final\\_report-with-numbers\\_final](https://issuu.com/eaea-publications/docs/lse_final_report-with-numbers_final) (Zugriff am 28.5.2021)

<sup>16</sup> Übersetzung durch den Autor.

<sup>17</sup> Europäische Kommission (2019): Standard-Eurobarometer 91 – Die europäische Bürgerschaft, Brüssel, S. 4 und S. 81.

<sup>18</sup> A. a. O., S. 72.

<sup>19</sup> Europäisches Parlament/Europäische Kommission (2021): Spezial Eurobarometer 500 – Die Zukunft Europas, Brüssel, S. 15.

<sup>20</sup> A. a. O., S. 32.

<sup>21</sup> A. a. O., S. 19 und S. 23.



kompetente Beteiligung wäre? In diesem Fall ist es dafür zu spät. Aber es werden andere Gelegenheiten kommen.

Nur mündige, verantwortungsbewusste und motivierte EU-Bürger können eine qualitative Veränderung der immateriellen EU-Infrastruktur in die Wege leiten, die jene gemeinwohlorientierten Ziele umsetzt, die EU-Bürger für zukunftsentscheidend halten.

Um zum Abschluss noch einmal auf Böckenförde zurückzukommen: Die EU und ihre Institutionen können sehr wohl daran mitwirken, ihre eigenen Voraussetzungen zu schaffen, z. B. indem sie die allgemeine europäische Erwachsenenbildung aus ihrem Stiefkind-Status befreien. Die Frage ist: Wollen sie es überhaupt?

## » **schwerpunkt – Europäisches Gemeinwohl stärken**

*Katrin Hatzinger*

„Europa? – Nein, danke!“ – Ein Plädoyer für eine verstärkte Auseinandersetzung mit europäischen Themen in evangelischer Bildungsarbeit ..... 9

Würde die Kirche als Träger von evangelischer Bildung im Lebenslauf sich stärker an die ethische Reflexion von europäischen Politikfeldern herantrauen und damit das Wertebewusstsein und Verständnis für mögliche Gefährdungen des europäischen Zusammenhalts schärfen, so wäre das ein wichtiges Signal. Darauf zielend benennt die Autorin, basierend auf der Arbeit des EKD-Büros Brüssel, aktuelle EU-politische Beispiele und gibt einen Überblick über das kirchliche Engagement in diesen Fragen.

*Andreas Mayert*

Die Notwendigkeit einer gemeinwohlorientierten europäischen Erwachsenenbildung..... 14

Was kann gemeinwohlorientierte europäische Erwachsenenbildung bewirken? Erläutert wird, was konzeptionell unter Gemeinwohl zu verstehen ist und warum Erwachsenenbildung maßgeblich zur Entstehung europäischen Gemeinwohls beitragen kann. Die Marginalisierung allgemeiner Erwachsenenbildung in EU-Bildungsprogrammen verkennt dieses Potenzial vollständig. Notwendig ist ein deutlich stärker gefördertes und weit über schlichte Wertevermittlung hinausgehendes gemeinwohlorientiertes EU-Erwachsenenbildungskonzept.

*Peter Schreiner*

Zivilgesellschaft in Europa – Chancen und Herausforderungen für die evangelische Erwachsenenbildung ..... 19

Europäisches Regieren bedarf der Partizipation und Interaktion mit Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, wenn Menschen für die Gestaltung eines demokratischen, vereinten und freien Europas gewonnen werden sollen. Der Erwachsenenbildung kommt hier eine entscheidende Rolle zu. Wie kann sie zu einer „Zivilisierung“ der europäischen Politik beitragen, wie können Prozesse einer Europäisierung von Bildung adäquat aufgenommen werden?

*Bernd Käßlinger*

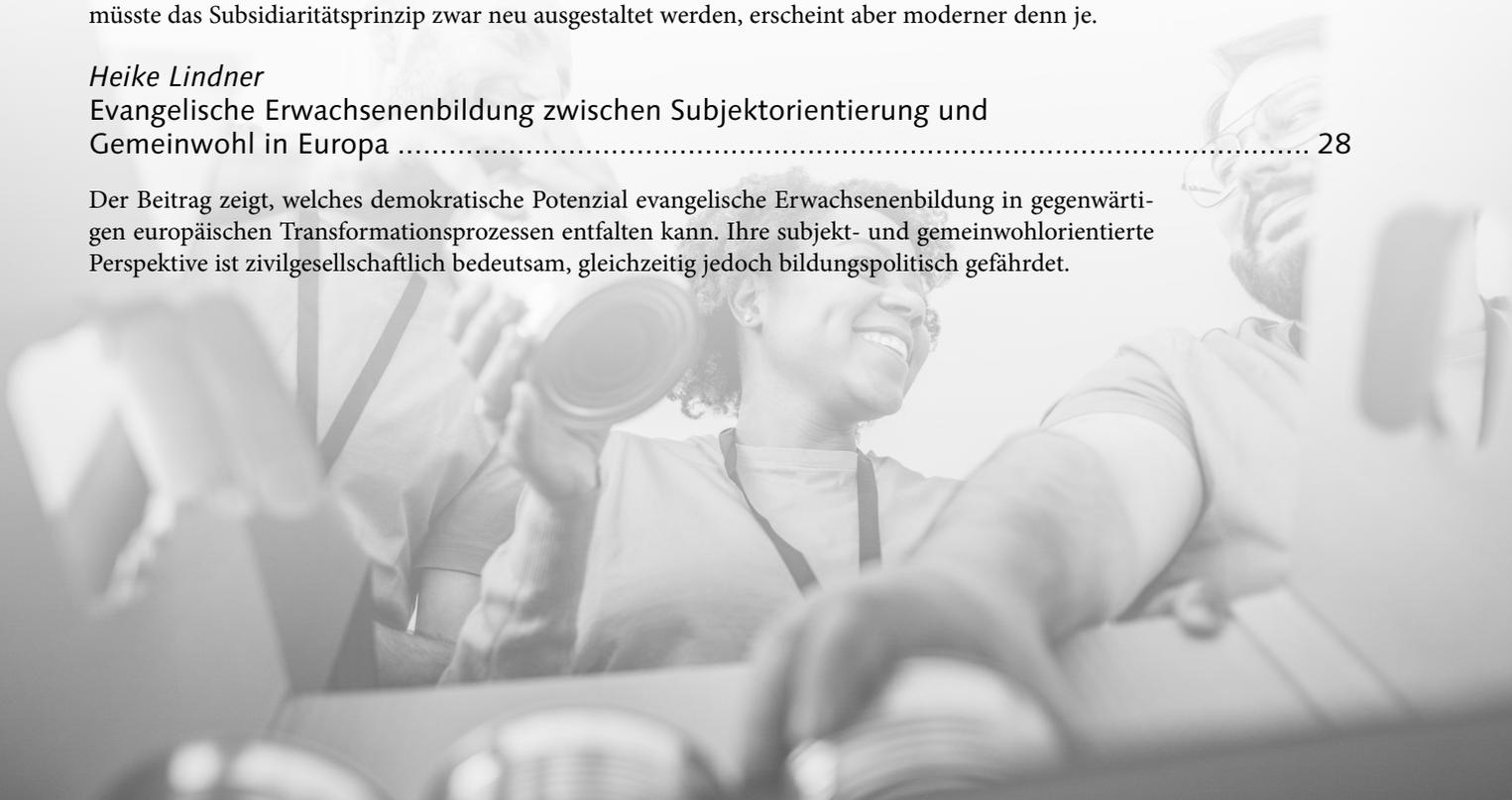
Subsidiarität: Ein Prinzip mit Geschichte und Zukunft? ..... 24

Der Beitrag diskutiert das Subsidiaritätsprinzip. Es wird als ein wichtiges Korrektiv zu ausgeprägten Steuerungsabsichten auf nationaler wie internationaler Ebene betrachtet. Der Beitrag plädiert für eine pluralistische Gemeinwohlorientierung, die nicht an Mehrheitspositionen ausgerichtet ist. Damit müsste das Subsidiaritätsprinzip zwar neu ausgestaltet werden, erscheint aber moderner denn je.

*Heike Lindner*

Evangelische Erwachsenenbildung zwischen Subjektorientierung und Gemeinwohl in Europa ..... 28

Der Beitrag zeigt, welches demokratische Potenzial evangelische Erwachsenenbildung in gegenwärtigen europäischen Transformationsprozessen entfalten kann. Ihre subjekt- und gemeinwohlorientierte Perspektive ist zivilgesellschaftlich bedeutsam, gleichzeitig jedoch bildungspolitisch gefährdet.



» **editorial**

Steffen Kleint  
Liebe Leserin, lieber Leser, ..... 3

» **aus der praxis**

*Sophia Summer*  
Sprachkurs absolviert und trotzdem  
überall Hürden? ..... 6

» **europa**

*Torsten Schneider, Anke Dreesbach*  
Erwachsenenbildung entdeckt das Gemeinwohl in Europa ..... 8

» **einblicke**

*Falk Scheidig, Tetyana Kloubert*  
Das Lernen Erwachsener im Spiegel der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021 ..... 32

*Timo Stockhorst*  
Raus aus der Reserve – für eine Europa-Avantgarde in der Weiterbildung ..... 36

*Ulrich Klemm*  
Bildungsdilemma und Diskursbedarfe  
Gemeinwohlorientierung zwischen sozialem und beruflichem Lernen ..... 38

*Julia Hübinger*  
Gemeinwohl-ökonomisches Handeln einfordern  
Ein Einblick in die Diskurse der evangelischen Erwachsenenbildung  
in Württemberg auf Grundlage einer gemeinsamen europäischen Lernerfahrung..... 40

» **jesus – was läuft?**

*Hans Jürgen Luibl*  
Gott, Gericht und eine Lachnummer ..... 42

» **service**

Filmtipps ..... 44

Publikationen ..... 45

Veranstaltungstipps ..... 53

Impressum ..... 58



## Mehr **forum erwachsenenbildung**?

Hat dieser Artikel Ihnen gefallen?

Wenn Sie regelmäßig über Bildung im Lebenslauf aus wissenschaftlicher, praxisnaher, bildungspolitischer und evangelischer Perspektive informiert werden möchten, abonnieren Sie **forum erwachsenenbildung**:

### Abo bestellen Print oder online

(öffnet eine E-Mail-Vorlage an [info@waxmann.com](mailto:info@waxmann.com))



- Print:** 4 Ausgaben pro Jahr, Jahresabo 25,- € zzgl. Versandkosten, inkl. Online-Zugang (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)
- Online:** 4 Ausgaben pro Jahr (PDF), Jahresabo 20,- € (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)



[www.waxmann.com/forumerwachsenenbildung](http://www.waxmann.com/forumerwachsenenbildung)

DEAE WAXMANN